

## **Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 15./16.12.2020**

### **Teilhaushalt 6100**

Damit sind wir mit dem Teilhaushalt Bäder fertig und kommen zum **Teilhaushalt 6100** Stadtplanung.

Ich nehme Sie mit auf die **Seite 294**.

### **Antrag 241 (Seite 294): Schaffung einer Personalstelle zur Förderung gemeinwohlorientierter Wohnprojekte Stellenschaffung: LA 1 VZW, StPIA 1 VZW**

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Jetzt habe ich doch mehr Zeit, als ich gedacht habe, weil ich sehr sparsam war. Zu gemeinnützigen Wohnprojekten muss ich sagen, dass sie mir sehr am Herzen liegen, weil sie einen unglaublich wertvollen Beitrag zur Schaffung von preiswerten Wohnraum leisten und auch für lebendige Stadtquartiere, weil es hier nicht um Profitinteressen geht, sondern wirklich um einen Mehrwert für die gesamte Stadtgesellschaft, etwa dadurch, dass man besonders benachteiligten Gruppen ein Angebot macht oder auch ganz neuartige Formen des Zusammenlebens und Bauen macht. Man darf auch den demografischen Mehrwert nicht vergessen, indem BürgerInnen nicht nur KonsumentInnen werden, sondern selbst aktiv ihre Stadt gestalten. Ich sehe in Karlsruhe ein sehr großes Potenzial, ich lerne fast jede Woche eine neue Gruppe von engagierten Menschen kennen, die wirklich etwas Tolles machen wollen und wenn ich dann auch in andere Städte schaue, in Baden-Württemberg, wie in Freiburg oder Tübingen, da sieht man auch wie tolle Quartiere entstehen können in dem man eben solche Gruppen beteiligt. Ich glaube da haben wir in Karlsruhe noch ein sehr großes Potenzial. Ich habe besonders im Wahlkampf wahrgenommen, dass dieses auch von GRÜNEN und SPD so gesehen wird. Es ist jetzt ganz wichtig, dass wir jetzt eine Stelle schaffen, die eine Ansprechperson ist, aber auch natürlich auch für diese Gruppen alles konzeptionell weiterentwickelt, wie kann man fördern, wie können auch die verschiedenen Ämter zusammenarbeiten? Das fehlt mir auch noch sehr. Da glaube ich, dass die vorgeschlagene Stelle, ein sehr wichtiger Bestandteil zur Förderung von Wohnprojekten ist.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Ideell unterstützen wir das, das haben Sie richtig erkannt. Das Problem ist allerdings, dass wir natürlich auf eine Vorstellung des Konzepts, wie denn dann mit Wohngemeinschaften und Baugruppen dann umgegangen und wie sie mitgenommen werden sollen warten. Wir warten schon seit über einem Jahr, es ist nun dann wieder angekündigt worden, dass uns dieses Konzept irgendwann im Januar vorgestellt wird, ich hoffe, dass das dann auch wirklich passiert. Ich glaube dann können wir entscheiden, ob wir eine Stelle brauchen, ob es eine neue Stelle ist, ob wir mehr als eine Stelle brauchen und wo diese dann angesiedelt ist. Deswegen können wir an dieser Stelle nicht mitgehen. Wir möchten aber noch mal den eindringlichen Appell mitgeben, dass es auch wirklich mal auf die Tagesordnung kommt an dieser Stelle.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Wir wissen, dass die Volkswohnung da aktiv dabei ist. Ich glaube diese Erfahrungen sollte man durchaus auch einmal verwerten, Frau Kollegin Göttel, ich habe den Eindruck Sie bewegen sich da in einer ideologischen Blase, wenn Sie annehmen, dass da wirklich ein effektiver Beitrag für unser gravierendes Wohnraumdefizit geschaffen wer-

den kann. Man muss das untersuchen, da gebe ich Ihnen recht, aber so idealisiert würde ich das jetzt nicht unterschreiben. Ich warte sehr gespannt ab, erstens auf die Erfahrungen der Volkswohnung, die jetzt darauf zugeht und dann auf das Konzept, da hat der Kollege Löffler recht.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Ein Konzept könnte ich unterstützen, ich sehe es als eine große Möglichkeit, dass Leute kreativ in solche Prozesse eingebunden werden. Aber dieser Reflex, dieser Mythos eine Stelle kann das alleine machen, davon sollten wir uns verabschieden. Wir sollten der Verwaltung eine Aufgabe mitgeben aber nicht ständig Stellen an dieser Stelle schaffen. Deswegen warten wir jetzt auf dieses Konzept und schauen dann weiter.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Um darauf zu reagieren, ich würde sagen, dass wir unsere Stelle unter einen Sperrvermerk stellen, weil ich einfach fest davon ausgehe, dass wir im Frühjahr dieses Konzept vorgestellt bekommen. Ich sehe auch, dass wir eine Stelle in der Stadtverwaltung brauchen. Wir können dieses Thema nicht an die Volkswohnung outsourcen, weil wir eben auch eine Kopplung zum Beispiel an das Liegenschaftsamt und die Stadtplanung brauchen, wenn wir zum Beispiel Bebauungspläne erstellen, müssen diese Bedürfnisse eben auch mitbehandelt werden, und das kann die Volkswohnung alleine definitiv nicht leisten, denn die schreibt keine Bebauungspläne. Das wollte ich hier noch einmal erwähnen und es geht mir eben auch darum, wenn wir Wohnungen bauen, wer diese baut. Hier sind Akteure denen es um den Mehrwert, und es geht und nicht um Profite. Ich würde sagen, das ist ein sehr großer Gewinn, auch wenn das nicht unsere Wohnprobleme löst. Da müssen wir natürlich auch Wohnungen die günstig sind erhalten, das ist klar.

**Der Vorsitzende:** Dann stelle ich jetzt den Antrag zur Abstimmung, ergänzt um den hier angefügten Sperrvermerk. Ich bitte Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

**Antrag 242 (Seite 294):** Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt, Stellenschaffung: LA 1 VZW, StPIA 1 VZW (GRÜNE, SPD)

**Antrag 242 a (Seite 294):** Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt (GRÜNE, SPD)

**Antrag 243 (Seite 294):** Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt, Stellenschaffung: LA 0,5 VZW, ZJD 0,5 VZW, AfSta 1 VZW, BOA 1 VZW (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

**Antrag 243 a (Seite 294):** Maßnahmenpaket Milieuschutz – Südstadt (KAL/Die PARTEI, DIE LINKE.)

Es geht um einen Betrag von 50.000 Euro, bei mir steht einmalig, da können Sie vielleicht noch kurz einen Hinweis geben, ob das vielleicht doch für jedes Jahr gedacht war.

Dann gibt es einen Antrag von der Karlsruher Liste, Die PARTEI und den LINKEN, da komme ich auf insgesamt drei Vollzeitstellen für das Bauordnungsamt, Amt für Stadtentwicklung und jeweils eine halbe Stelle Liegenschaftsamt und Zentraler Juristischer Dienst, ebenfalls dann aber jährlich 55.000 Euro beziehungsweise 50.000 Euro für sonstige Maßnahmen.

Vonseiten der Verwaltung haben wir uns darauf geeinigt, dass wir zusätzlich eine Projektstelle schaffen, und damit versuchen den Auftrag des Gemeinderats hier umzusetzen und uns hier zunächst erst mal von anderen Kollegen zurarbeiten lassen, wenn wir dann noch mehr bedürfen, würden wir auf Sie zu kommen.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE):** Das Thema Milieuschutz beschäftigt uns jetzt schon einige Zeit, und es ist ganz gut und richtig, dass wir das jetzt auf eine Zielgerade bringen und im Haushalt verankern. Deswegen ist es uns enorm wichtig, dass für die ergänzenden Untersuchungen, die notwendigen Sachmittel eingestellt werden. Nach Auskunft der Verwaltung sind die aber erst mal nur im nächsten Jahr notwendig. Das heißt, es sind keine durchlaufenden Posten, sondern für zusätzliche externe Untersuchungen, die eben situativ beauftragt werden. Bei den Stellen ist es so, dass wir gesehen haben, dass der Antrag der LINKEN und KAL/Die PARTEI-Fraktion an dieser Stelle deutlich differenzierter und entsprechend besser zugeordnet ist und wir unseren Antrag zugunsten dieses Antrags zurückziehen. Wie Sie das dann mit der Projektstelle eventuell vermengen, in Summe dann auf drei Personalstellen für dieses Thema zu kommen, da können Sie aus unserer Sicht gerne noch einen Vorschlag machen. Es ist klar, dass wir an dieser Stelle keine dauerhaften Stellen für den Milieuschutz in der Südstadt auf alle Ewigkeit benötigen, denn das sind Stellen die sich mit demselben Thema, der Wohnraumentwicklung, der Einwohnerzusammensetzung in anderen Stadtteilen dann auch dauerhaft beschäftigen werden, um dort frühzeitig negative Entwicklungen zu identifizieren, um dann eben mit geeigneten Instrumenten, seien es solche Satzungen oder anderen Programmen darauf reagieren zu können.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Ich bin sehr froh, dass meine Vorredner viele Punkte vorweggenommen haben. Wir haben im Vorfeld sehr genau geklärt, welche Aufgaben es überhaupt zu bewältigen gibt, sei es beim Bauordnungsamt oder beim Zentralen Juristischen Dienst und wir haben das absolut notwendige gestellt, was die Verwaltung uns rückgemeldet hat. Ich könnte da jetzt auch nicht sagen, welche Aufgaben wir jetzt nicht brauchen und wie es mein Vorredner gesagt hat, das sind alles Kapazitäten, die wir auch an anderer Stelle gut gebrauchen können. Ich denke dabei besonders an das Bauordnungsamt, ich denke vor allem an die koordinierende Planungsstelle, die wir im Amt für Stadtentwicklung brauchen, die auch andere Stadtteile noch sehr gut im Blick behalten können, und die wir jetzt in der Anfangsphase mehr brauchen, denn je. Deswegen auch mein großer Appell das durchzusetzen.

Wir haben im Gemeinderat auch in der Breite signalisiert, wir sehen die Problematik, das hat die Datenerhebung gezeigt, und wir sehen als Gemeinderat, wollen wir aber auch die Handlungsspielräume die wir als Kommune haben, und eine Milieuschutzsatzung ist eine davon, dass wir die auch aktiv nutzen wollen, weil wir zunehmend in der Innenstadt ein Problem haben, dass es dort Mietentwicklungen und Gentrifizierung-Entwicklungen sind, die man schnell vergisst, wenn man sich die Mietsteigerungen nur auf die gesamte Stadt hin ansieht. Wir bekommen unser Wohnungsproblem nicht in den Griff, wenn wir, wie ich vorhin schon gesagt habe, die günstigen Wohnungen nicht erhalten, weil wir eben zunehmend auch schon Gruppen haben, die den Zugang zu dem normalen Wohnungsmarkt verloren haben, von Trägern die sagen, sie bekommen ihre Leute nicht mehr aus den Programmen, auch das kostet uns Geld, wenn Frauenhausplätze nicht mehr frei werden können, weil die Frauen keinen normalen Wohnraum mehr finden, oder auch wohnungslos sind.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Auch hier bin ich jetzt ein wenig verwundert, dass man gar nicht weiß, wieviel Stellen man wirklich braucht, auch nicht konkret sagt, ob der Vorschlag der Verwaltung nicht doch ausreichend ist, sondern man sagt, viel hilft viel. Die können wir dann auch wo anders einsetzen, Bedarf ist überall in diesem Amt. Was wollen wir? Das kann ja so nicht gehen. Ich bin mit der Verwaltungsantwort durchaus einverstanden gewesen, ich höre

jetzt, dass man darüber hinaus jetzt auch noch Entgegenkommen zeigt und eine Stelle sogar bewilligt, oder habe ich das falsch verstanden? Mit dem könnte die CDU-Fraktion einig gehen. Allerdings die Illusion, dass wir dann schon eine Milieuschutzsatzung haben, muss ich schon nehmen. Sie wissen alle um die Probleme dieser Satzung und die rechtlichen Voraussetzungen, Sie tun aber nach draußen so, wie wenn das alles schon gegessen wäre. Dann hat Ihnen die Verwaltung ein Angebot gemacht, wie man an das Ding herangeht, das ist alles andere als eine sichere Zusage, dass es eine Milieuschutzsatzung gibt, die dann auch anfechtungswidrig ist. Aber es steht schon in der Verwaltungsantwort, man bräuhete diese Mitarbeiterstelle auch, um den erwarteten vielen Widersprüchen gerecht zu werden, das genau sehen wir voraus, und dass sich Ihre Illusionen sich wahrscheinlich in Luft auflösen werden.

**Stadtrat Zeh (SPD):** Wir haben im Oktober zunächst inhaltlich über das städtische Maßnahmenpaket, das beinhaltet, dass leerstehende Häuser oder die Besitzer auch von verwahrlosten Immobilien in der Südstadt angesprochen wären und versucht wird, diese Häuser zu kaufen. Das ist der eine Teil und der andere ist tatsächlich über die soziale Erhaltungssatzung in der Südstadt, ein Vorkaufsrecht oder ähnliches bei Verkäufen zu schaffen. Es geht hier um die Umsetzung, und das ist der Unterschied Frau Göttel, es sind Aufgaben definiert klar, die Aufgaben sind im Umfang von drei Stellen, aber es ist auch die Frage wieviel die Verwaltung zusätzlich leisten kann. Ich habe zum Beispiel noch nie vom Zentralen Juristischen Dienst die Klage gehört, dass sie zu wenig Personal hätten. Wieviel Stellen muss man für die Aufgaben schaffen, das ist natürlich noch einmal ein anderer Punkt. Aber wir gehen hier erst mal mit, Herr Löffler hat es schon angedeutet, dass man zunächst mal die Verwaltung hat das Tableau von drei Stellen gesagt, und leider auch in der Antwort der Verwaltung zu unserer Vorlage steht, dass alle Stellen ausgelastet wären und keine Aufgabenverlagerung möglich ist. Von daher wären die drei Stellen möglich, deshalb ziehen wir gemeinsam mit den GRÜNEN unseren Antrag zurück und gehen auf den Antrag der LINKEN, für die Maßnahmen und Gutachten einmalig 50.000 Euro ein. Wir wollen sicherlich zunächst mal Häuser erwerben und den Aufstellungsbeschluss von 2021 schon erhalten. Letztendlich gibt es die juristische Anfechtung erst dann, wenn die Milieuschutzsatzung tatsächlich erlassen ist. Deshalb werden sicherlich 2021 die Stellen doch noch nicht möglich sein.

**Stadtrat Hock (FDP):** Jetzt haben die Fraktionen ihr Anliegen vorgebracht, uns hat man in die Überlegungen nicht mit einbezogen, obwohl meine Fraktion damals auch gesagt hat, dass wir das gutheißen. Nichtsdestotrotz ist es heute, verantwortungsvoll mit dem Haushalt umzugehen, deshalb wird meine Fraktion Ihren Vorschlag, Herr Oberbürgermeister, gerne mittragen, diese eine Stelle in den Haushalt einzustellen, damit wir das, was wir auch schon beschlossen haben, auch in die Umsetzung bringen können. Deshalb, ja zu der einen Stelle, aber drei Stellen sind definitiv für diesen Haushalt, unter diesen Voraussetzungen meiner Fraktion zu viel.

**Stadtrat Wenzel (FW|FÜR):** Dem ist nicht viel hinzuzufügen, was meine Kollegen Hock und Pfannkuch gesagt haben. Wir alle wollen etwas erreichen, aber wir dürfen der Öffentlichkeit und den Betroffenen Bürgern doch kein Sand in die Augen streuen. Deshalb werden wir der Vorlage der Verwaltung, angesichts dieser roten Zahlen die uns präsentiert wurden, nicht zustimmen. Es ist nichts schlimmer als irgendwelche Erwartungen zu wecken, die wir nachher nicht halten können. Das treibt die Leute einfach in die Politverdrossenheit, wir wollten ehrlich sein, wir sollten auch im Haushalt ehrlich sein, und keine Sachen fordern, die hier letztlich irgendwann wieder zurückgezogen werden müssen, weil wir es nicht leisten können.

**Der Vorsitzende:** Das war jetzt die letzte Wortmeldung, jetzt gehen wir in die Abarbeitung die GRÜNEN und SPD haben ihren Antrag zugunsten des Antrags der KAL/Die PARTEI und der LINKE. zurückgezogen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Herr Oberbürgermeister würden Sie bitte noch einmal klarstellen, wie jetzt diese eine im Verwaltungshaushalt befindliche Stelle in Korrelation zu der Verwaltungsantwort steht, da gibt es einen Widerspruch.

**Der Vorsitzende:** Wir hatten uns darauf geeinigt, dass wir bezieht sich vor allem auf das Dezernat 6 und mich, dass wir eine zusätzliche Projektstelle schaffen, das können wir auch vorübergehend machen, ohne dass wir dafür große Beschlüsse brauchen, finanzieren können wir die und dass wir damit noch mal uns personell verstärken, um dieses Thema Milieuschutz voranzubringen.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Ohne Haushaltsrelevanz für 2021?

**Der Vorsitzende:** Ja, und die würden wir natürlich, wenn Sie jetzt zusätzliche Stellen schaffen, in die Betrachtung mit hineinnehmen. Ich möchte aber auch noch mal darauf hinweisen, dass wir miteinander gestern vereinbart haben, dass alle zusätzlichen Stellen erstmal noch einen Sperrvermerk bekommen, das heißt, wenn wir Ihnen gegebenenfalls nachweisen könnten, dass wir diese Leistungsfähigkeit auch mit dem bestehenden Personal haben, würden wir Ihnen das noch mal vorlegen. Das würde dann von der Aussage abweichen, dass wir das so nicht schaffen können, aber bevor wir jetzt drei neue Stellen schaffen, würden wir vielleicht schauen, dass wir andere Dinge hintenanstellen, das müssen Sie dann aber wissen, damit Sie sich auch an anderer Stelle dann verantworten können.

Wir kommen dann zum weitestgehenden Antrag, das ist die Schaffung von drei zusätzlichen Stellen, verrechnet dann mit der einen Projektstelle die Liegenschaftsamt, Zentraler Juristischer Dienst, Amt für Stadtentwicklung und Bauordnungsamt jeweils verstärken sollen und diesen Antrag stelle ich jetzt hier zur Abstimmung. - Das hat eine **Mehrheit**.

Dann kommt der Antrag der KAL/Die PARTEI, DIE LINKE. mit einem jährlichen Zuschuss von 55.000 Euro, doch nur einmalig? Dann kann ich die Anträge alle zusammenziehen und wir können uns auf 50.000 Euro einigen? Ich feilsche jetzt an jeder Stelle, das merken Sie. Bei den 5.000 Euro wird es nicht hängen. Einmalig 50.000 Euro für zusätzliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Milieuschutz und das steht jetzt hier zur Abstimmung. – Das ist eine **Mehrheit**.

**Antrag 244 (Seite 294): Fahrradleihsystem – Zuschuss stoppen (AfD)**

Das knüpft ein bisschen an die Diskussion von gestern an. Gibt es Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann bitte ich Sie jetzt um Ihr Votum. – Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Ebenfalls auf der **Seite 294** wird über die erste Veränderungsliste ein zusätzlicher Betrag für die Umsetzung des ÖRMI-Projektes eingebracht und eine Reduzierung beim Thema Planungskosten Gasdruck-Regelstation Rudolf-Breitscheid-Straße, das zur Kenntnis.

**Lfd. Nr. 16 Liste Finanzierungsvorbehalt: Einleitung der vorbereitenden Untersuchung für das Sanierungsgebiet Kaiserstraße West und Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht entlang der Kaiserstraße zwischen Marktplatz und Kaiserplatz (Vorlage 2020/0430)**

Ich würde das dann zur Abstimmung stellen. Das müssten wir dann in die Haushaltsvorlage aufnehmen, das wäre eine Belastung von 50.000 Euro. Das haben Sie im Mai 2020 im Gemeinderat unter Finanzierungsvorbehalt diskutiert und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, mit der laufenden Nummer 16 aus diesem Konglomerat. Ich bitte jetzt um Ihr Votum. – Das müssen wir noch einmal neu abstimmen.

Es geht noch einmal um die laufende Nummer 16, der wegen Finanzierungsvorbehalt zurückgestellten Vorlagen, das geht es um die Einleitung der vorbereitenden Untersuchung für das Sanierungsgebiet Kaiserstraße West und die Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht entlang der Kaiserstraße zwischen dem Marktplatz und dem Kaiserplatz, also das Sanierungsgebiet östliche Kaiserstraße wird erweitert auf die westliche Kaiserstraße und das ist die Vorlage die Sie schon einmal diskutiert haben. Diese stelle ich jetzt zur Abstimmung. – **Mehrheitliche Ablehnung.**

Wir kommen damit auf der **Seite 297** zu einer Information in der ersten Veränderungsliste haben wir hier für das Stadtamt Durlach für die Aufwertung und Gestaltung des öffentlichen Raumes zusätzliche sogenannte IP-Mittel eingestellt.